

ZÜRICH UND REGION

Verwahrung: Ein krimineller Kroatie beleidigte seine Psychiater und verweigerte sich allen Therapien. 15

Übergewicht: Eine millionenschwere Geldspritze des Kantons soll dicke Kinder in Bewegung bringen. 17

Bellevue: Philipp Meier vom Cabaret Voltaire plant wieder Aktionen ohne Tabus. 22



Unter die warme Wolldecke statt unter den Heizpilz

Kühle Abende und Rauchverbote lassen die Heizpilze vor den Restaurants wieder spriessen. SP und Grüne wollen ein Verbot der Energiekiller, die Wirte reagieren verärgert und wehren sich.

Von Ruedi Baumann

Zürich. – Vier mit Gas betriebene Heizstrahler brauchen gleich viel Energie wie ein Mittelklassewagen auf der Autobahn oder wie der Heizkessel eines Einfamilienhauses. Doch viele Gartenrestaurants oder Terrassen wären ohne Strahler leer, wenn es in den nächsten Tagen wieder kühler wird und die Abende länger werden. Die Nachfrage nach Sitzplätzen im Freien wird zusätzlich von den Rauchverbote in den Restaurants angeheizt. «Wärmestrahler sind bei unseren Gästen sehr beliebt», sagt Ernst Bachmann, der Präsident des Zürcher Wirtverbandes. «Viele Gäste sitzen sehr gerne draussen und geniessen die wohlige Wärme und die Ambiance.»

Den Heizpilzen soll jedoch von verschiedenen Seiten her der Garaus gemacht werden. In den Städten Zürich und Winterthur besteht bereits ein Verbot auf öffentlichem Grund. Im Kantonsrat ist eine Motion hängig, die ein komplettes Verbot auch für Private fordert. Die grösste Bedrohung allerdings kommt von den kantonalen Energiedirektoren. Diese haben Mustervorschriften zum Energiesparen ausgearbeitet. Darin ist ein «Pilzstrahler-Passus» enthalten. Erlaubt werden sollen auf Terrassen oder in Gartenrestaurants nur noch Wärmequellen «aus erneuerbaren Energien oder anderweitig nicht nutzbarer Abwärme».

Der Trick mit dem Ökostrom

Das Hin und Her um die Wärmestrahler ist damit landesweit lanciert. Denn die meisten Kantone werden sich an die Vorschläge der Energiedirektoren halten. Im neuen Energiegesetz des Kantons Basel-Stadt sind gasbetriebene Heizpilze bereits



BILD CLAUDIA HECHTENBERG/CARO

Ohne Heizpilze wären bereits im Frühherbst viele Gartenrestaurants leer – die Gäste schätzen die wohlige Wärme.

verboden, in Luzern wurde eine ähnliche Motion vom Kantonsparlament im letzten Dezember mit 63 zu 43 Stimmen überwiesen. Ein Heizstrahler sei von den Emissionen her wie ein Auto, das mit laufendem Motor neben einer Beiz parkiert werde,

sagte eine SP-Kantonsrätin. Graubünden rüstet sich ebenfalls gegen die Heizpilz-Epidemie, die auch vor Skihütten grassiert.

Die Vorschlag der Energiedirektoren, Heizstrahler mit erneuerbarer Energie weiterhin zu dulden, wird noch viele Fra-

gen aufwerfen. Heute gibt es nämlich elektrische Heizstrahler mit Halogen-Infrarot-Technik, die «nur» 3600 Watt verbrauchen und elektrisch betrieben werden. Die Kosten sind gemäss Hersteller viermal günstiger als bei Gasgeräten und betragen

am Abend rund 40 Rappen pro Stunde. Wenn nun ein Beizer vom Elektrizitätswerk des Kantons Zürich Aquastrom aus Flusskraftwerken bezieht oder Ökostrom aus Zürich, verbrätet er über den Köpfen seiner Gäste theoretisch erneuerbare Energie. «Immer mehr Restaurateure wechseln zu diesen modernen Geräten», sagt Wirtpräsident Bachmann.

Verbot mit oder ohne Trick-Passus

Ob der Trick mit dem Ökostrom funktioniert, wird der Gesetzgebungsprozess in den Kantonen zeigen. Im aktuellen Zürcher Energiegesetz ist die Heizung von Garagenausfahrten oder Dachrinnen ebenfalls nur erlaubt, wenn die Energie aus erneuerbaren Energiequellen stammt. «Zertifizierter Strom aus Fluss- oder Solarkraftwerken darf aber nicht verwendet werden», sagt Wolfgang Bollack von der Baudirektion.

Der Regierungsrat muss dem Kantonsrat in nächster Zeit eine Anpassung des Energiegesetzes vorlegen. Die Regierung erachtet dabei ein Abweichen von den Vorschlägen der Energiedirektoren «nicht als sinnvoll», wie sie schreibt. Das heisst also, dass im Kanton Zürich ein Gesetz ausgearbeitet wird, das die konventionellen Heizpilze verbietet. Der Kantonsrat wird damit die Wahl haben zwischen einem kompletten Verbot, wie es SP, Grüne und Grünliberale in einer Motion fordern, oder der Version mit der Öko-Klausel.

Für die Motionäre Ralf Margreiter (Oberrieden) und Marcel Burlet (SP, Regensdorf) kommt nur ein komplettes Verbot infrage. «Heizstrahler sind eine sinnlose Energieverschwendung, ob der Strom nun ökologisch ist oder nicht.»

Beizer und Raucher protestieren

«Diese Verbote sind ein weiterer Angriff auf unseren Berufsstand», sagt Wirtpräsident Bachmann. Er werde alles daran setzen, ein Verbot zu bekämpfen, das – wie beim Rauchverbot – «der Ambiance und der Gemütlichkeit im Restaurant schadet». Zuerst werfe man die Raucher aus der Beiz, und nun müssten sie auch noch frieren.

Neue Fussballarena im Hardturm: Projekt kommt nicht vom Fleck

Der Stadtrat will ein neues Stadion im Hardturm bauen. Politiker vermissen die «Initialzündung» für das Projekt und zweifeln die Finanzierbarkeit an.

Von Stefan Häne

Zürich. – Das Wunder von Zürich: Unter diesem Titel ist der Bau des Letzigrunds in die Zürcher Lokalgeschichte eingegangen. Nach bemerkenswert schneller politischer Vorlaufzeit wurde das 110 Millionen Franken teure Stadion in zwei Jahren aus dem Boden gestampft und rechtzeitig vor der Euro 08 eingeweiht.

Ob sich ein solches Wunder beim Hardturm wiederholen wird, ist fraglich. Der Stadtrat will in Zürichs Westen zwar eine Fussballarena für den FCZ und GC erstellen, ohne Mantelnutzung und mit Platz für 20 000 Besucher; dies hat er Anfang Juni mitgeteilt, nachdem der Stadionneubau der Credit Suisse nach fast einem Jahrzehnt Gezänk, Rekursen und Ärger zur Planungsruine verkommen war.

Heute, drei Monate später, «fehlt dem sinnvollen Projekt aber weiter die Initialzündung», wie Urs Egger, Stadtratskandidat der FDP, sagt. Und Claudia Nielsen, mögliche Stadtratskandidatin der SP, vermisst «jemanden, der den Karren zieht» – so wie dies Hochbauvorsteherin Kathrin Martelli

(FDP) beim Letzigrund getan hat. Im Unterschied zu damals hat Martelli in der Stadt Zürich heute keine politischen Ambitionen mehr: Sie tritt 2010 nicht mehr zur Wiederwahl an.

Stadt gibt sich zugeknöpft

Zirka 100 Millionen Franken soll das Stadion kosten. Stadtrat Martin Vollenwyder (FDP) will diesen Betrag mit einer neuen Aktiengesellschaft zusammenbringen. Die Stadt Zürich soll mit 5 Millionen Franken einsteigen, der FCZ und GC sollen je 2,5 Millionen Franken beisteuern. Mit einer Art Volksaktie können die Fans das Stadion ebenfalls unterstützen. Insgesamt sollen so 30 Millionen Franken zusammenkommen. Den Rest müssten Private berappen.

Wie weit das Stadionprojekt gediehen ist, muss offen bleiben, ebenso, ob die Stadt bereits Aktien an Fans verkauft hat oder Gespräche mit potenziellen Investoren führt. Das zuständige Hochbaudepartement jedenfalls hat einen Fragenkatalog des TA zum neuen Stadion nicht beantwortet. Eine Sprecherin sagt, es gebe nichts Neues über den Hardturm zu berichten.

Politiker zeigen sich darüber verunsichert. Die Kunde vom drohenden Grounding der Grass-

hoppers mit einem Abstieg in die 1. Liga schürt zusätzlich Zweifel. SVP-Gemeinderat Mauro Tuena hält ein Scheitern des Stadionprojekts für möglich, falls GC finanziell kollabieren würde. In diesem Fall müsste die Stadt, so Tuena, den Letzigrund fussballtauglicher gestalten. «Wir wissen nicht, wie es mit GC weitergeht.» Dies bereitet FCZ-Fan Tuena Sorgen. Denn: Fällt GC, muss die Stadt vielleicht mehr an den Neubau zahlen, als ihr vorschwebt. «Es darf nicht sein, dass die Steuerzahler am Ende alles finanzieren müssen», sagt der Stadtratskandidat. Konkurrentin Susi Gut von der Partei für Zürich (PFZ) hält eine Volksabstimmung vor diesem Hintergrund für zwingend. Ob es dazu kommt, ist allerdings offen, weil sich das Projekt möglicherweise im bestehenden Gestaltungsplan realisieren lässt.

Fragezeichen hinter den Neubau macht Gemeinderat Daniel Leupi. Der grüne Stadtratskandidat zweifelt daran, dass sich genügend private Investoren finden lassen. Diese seien in der Regel auf möglichst hohe Renditen aus. Ohne Mantelnutzung mit Hotels, Läden und Einkaufszentrum sei dies aber kaum zu erreichen. «Mit nur noch einem Zürcher Fussballklub würde die Betriebsfinanzierung noch weniger rentabel.»

Die SVP befürchtet, der Steuerzahler müsse das Projekt am Ende allein bezahlen.

«Ursula Gut war vorgewarnt. Um Erlaubnis fragten wir sie nicht»

Mit einem Vorstosspaket will die FDP dem Kanton aus der Krise helfen – und macht so der eigenen Finanzdirektorin Beine.

Mit Thomas Vogel sprach Patrick Kühnis



Elf Vorstösse zur Krise hat die FDP-Fraktion im Kantonsrat eingereicht. Die Forderungen gehen von der Überprüfung von Staatsausgaben bis zu Steuernachlässen für Firmen und Anlagetrusts. Fraktionschef Thomas Vogel erklärt, warum die FDP damit der eigenen Finanzdirektorin in die Agenda dreinredet.

Warum muss die FDP Ursula Gut mit Vorstössen Beine machen?

Beine machen? Das kann man so sehen. Ich selbst würde eher sagen: Wir unterstützen mit unseren Ideen die Regierung dabei, den Kanton Zürich so schnell wie möglich aus dieser Wirtschaftskrise zu führen. Natürlich in der Hoffnung, dass das Siebnergremium dazu bereit ist, diese Empfehlungen auch entgegenzunehmen und umzusetzen. Ursula Gut sitzt schliesslich nicht allein in der Regierung.

Dringt Gut mit ihrer Politik in der Regierung so schlecht durch, dass sie FDP-Schützenhilfe braucht?

Das ist definitiv nicht so. Hinter dem Paket steckt auch nicht die Finanzdirektorin, sondern die Fraktion. Wir haben eine strikte Aufgabenteilung in der FDP. Wir müssen nicht unsere Regierungsrätin um Erlaubnis fragen, bevor wir loslegen. Wir könnten auch gut damit leben, wenn sie nicht alle Vorstösse befürwortet – was wir in diesem Fall natürlich nicht hoffen.

Sie haben die Aktion aber sicher mit Gut abgesprochen?

Natürlich war sie vorgewarnt. Sie sass aber nicht in der Arbeitsgruppe, in der wir als erste Fraktion überhaupt politische Rezepte gegen die Krise entwickelt haben. Ein Grundlagenpapier und elf Vorstösse sind erste Früchte davon. Ein zweites Bündel – etwa für den Bildungsbereich – wird folgen.

Mit dem Ruf nach einer Quellenbesteuerung ausländischer Vermögen will die FDP gleich alle Steuerstreitigkeiten lösen, die unser Land am Hals hat. Ist die Zürcher Regierung nicht die falsche Adressatin dafür?

Diese Forderung haben wir sowohl auf Kantons- und Bundesebene platziert – in enger Absprache mit der FDP Schweiz und in konsequenter Fortführung der «Easy Swiss Tax»-Idee. Die Vermögensbesteuerung unterliegt der kantonalen Hoheit. Darum ist es auch sinnvoll, dazu die Meinung der Regierung zu erfragen. Es lässt

sich nicht wegdiskutieren, dass die Turbulenzen und die Angriffe aufs Bankgeheimnis den Finanzplatz Zürich besonders hart treffen.

Sie wollen staatliche Leistungen abbauen und zugleich mehr Sozialhilfe ausschütten. Das ist doch paradox.

Keineswegs. Das zeigt doch nur, dass es für diese Krise verschiedene Lösungsansätze braucht. Wir wollten bewusst nicht bloss sparen und Leistungen abbauen. In dieser Situation muss der Staat auch bereit sein, gezielt sinnvolle Investitionen zu tätigen. Eine davon ist, Selbstständige davor zu bewahren, ihr ganzes Vermögen aufbrauchen zu müssen, wenn sie vorübergehend auf Sozialhilfe angewiesen sind. Eine Ich-AG hat nur einen kurzen Atem. Wir möchten aber, dass Selbstständige die aktuellen Turbulenzen überleben und danach rasch wieder produktiv sein können. Das ist eine Massnahme, die den Wiederaufschwung stärkt.

Intern heisst Ihr Vorstosspaket «Avanti». Ein schlechtes Omen. Eine gleichlautende Vorlage für eine zweite Gotthardröhre hat das Volk im Jahr 2004 haushoch verworfen.

Dieser Name war eine spontane Idee von mir. Aber vielleicht hätte ich die Losung «Vorwärts, Marsch!» tatsächlich in eine andere Fremdsprache übersetzen und unser Paket beispielsweise «en avanti!» taufen sollen. Sicher ist: In diesem «Avanti» geht es nicht darum, Löcher zu bohren, sondern solche zu stopfen.